

Nur 300 Millionen echte Entlastung!

Rot-schwarze Alibisteuerreform bringt kaum Entlastung, gleicht nur Teuerungsverluste aus

■ Der sonst vorsichtig formulierende WIFO-Chef Karl Aiginger hielt diesmal mit seiner Kritik nicht hinter dem Berg: „Wir haben derzeit bei sehr niedrigen Einkommen eine Gesamtbelastung von 40 Prozent aus Steuern und Sozialversicherung. Das ist ungewöhnlich und beschäftigungshemmend. Das muß reduziert werden.“

Allein zur Abgeltung der kalten Progression sind laut WIFO 1,9 Milliarden Euro nötig. Bei einem geplanten Gesamtvolumen von 2,2 Milliarden Euro würde der Großteil zur Abgeltung der kalten Progression dienen – und nur 300 Millionen Euro wären eine wirkliche Entlastung. Und das bei Lohn- und Einkommensteuereinnahmen von ins-

gesamt fast 23 Milliarden Euro. Aiginger plädiert daher dafür, daß der von der Koalition angekündigten Steuerreform weitere Schritte folgen, wie Anreize für mehr Forschung und Entwicklung, sowie die Senkung der Lohnnebenkosten und Anstöße zum Energiesparen.

„Das Gesamtpaket allerdings hält dem Elch-Test nicht stand. Hier finden sich eine Menge innovationsloser alter Zöpfe. Es wird wieder nur an kleinen Schrauben gedreht, anstatt echte Reformen einzuleiten“, schloß sich FPÖ-Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl der Kritik an.

Bezeichnend sei, daß SPÖ und ÖVP weiterhin ihre Zukunft auf Schulden aufbauen, statt die erforderlichen Einsparungsmaßnah-

men, wie bei Gesundheitsreform, Staats- und Verwaltungsreform inklusive Bürokratieabbau, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Einführung der Reverse-Charge und anderes mehr, endlich in Angriff zu nehmen. Allein diese Punkte würden etwas mehr acht Milli-

arden Euro jährlich in die Staatskassen spülen.

„Das passiert aber nicht. Es entsteht deshalb immer deutlicher der Eindruck, daß alles weiterläuft wie in den letzten zwei Jahren: auf einen Stillstand zu“, befürchtet Themessl.



Kleingeld für die Steuerzahler, aber Milliarden für eine verfehlte Budgetpolitik. Immer mehr Wirtschaftsforscher schließen sich der FPÖ-Kritik an der Alibisteuerreform an.

Tropfen auf heißen Stein

■ Die 450 Millionen Euro, die den Krankenkassen nachgeschmissen werden sollen, damit sie nicht Pleite gehen, sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Er wird ohne jede Wirkung verdampfen.

„Nicht eine Fortführung des bisherigen Herumdokterns der Regierungspartner ist jetzt gefragt, sondern strukturelle Reform-

überlegungen sind, mit denen die finanzielle Sicherstellung des Gesundheitssystems gewährleistet werden kann“, mahnte FPÖ-Gesundheitssprecherin Dagmar Belakowitsch-Jenewein nachhaltige Reformen zugunsten der Österreicher ein.

Eine Reform solle sicherstellen, daß eine sinnvolle Bündelung von Finanzen und Kompetenzen eine effektive Versorgung aus einer Hand gewährleiste. Die FPÖ fordere daher die Zusammenlegung der Krankenkassen, um die unnötigen Mehrausgaben durch eine überbordende Verwaltungsbürokratie abzubauen. Die Politik hätte, so Belakowitsch-Jenewein, nun angesichts der Finanzkrise die Gelegenheit, die Dinge in einem großen Wurf anzugehen. Der 2013 auslaufende Finanzausgleich mit den Ländern sollte genutzt werden, um diese in eine umfassende Reform des Gesundheitswesens einzubinden.



Belakowitsch-Jenewein: Brauchen endlich strukturelle Reform im Gesundheitswesen.

Bankenrettungspaket ist viel zu großzügig!

■ „Die Steuerzahler bezahlen die Zeche für jahrelange Mißwirtschaft und spekulative Ostgeschäfte“, kritisierten Bundesparteiobmann HC Strache und Finanzsprecher Lutz Weinzingler die Rettung der Kommunalkredit über das Bankenpaket.

Die zuständigen Manager und Aufsichtsräte müßten ihren Hut nehmen, ohne Erfolgsprämien für ihre Mißwirtschaft zu kassieren, forderte Strache: „Denn Fakt ist, daß mit dieser Übernahme durch den Bund die Zeche erneut die heimischen Steuerzahler begleichen müssen.“

Weinzingler forderte, endlich Instrumentarien dafür zu schaffen, um Manager mit ihrem Privatvermögen zur Verantwortung zu ziehen, anstatt permanent dem Steuerzahler die

Folgen der Mißwirtschaft dieser Großverdiener aufzuhalsen.

Kritik an einem anderen Fehler im Bankenpaket übte Generalsekretär Harald Vilimsky. Weil bei Kapitalgesellschaften bis 9,68 Millionen Euro Umsatz, die Einlagensicherung nur 50.000 Euro bei 10 Prozent Selbstbehalt betrage, sei dies ein völlig falsches Signal an die Gewerbetreibenden und den Mittelstand.

Als Gegenmaßnahme dazu fordere er die auf ein Jahr befristete Aussetzung der Kapitalertragsteuer, die im Vorjahr 440 Millionen Euro ausgemacht hat: „Damit könnten all jene Unternehmen, die unter der massiven Steuerbelastung und der unsicheren Wirtschaftslage leiden, tatsächlich entlastet und Arbeitsplätze gesichert werden.“